

Rede zum Haushalt 2014

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

Pulheim hat wahrhaft Vorbildcharakter. Seit Jahren ist der Haushalt mit dem Begriff überschrieben:

Wir gestalten Zukunft

Und die gebetsmühlenartige Überschrift hat es jetzt sogar auf die Bundesebene geschafft! Ja: Tatsächlich hat sich auch die große Koalition aus CDU und SPD entschlossen, den Koalitionsvertrag zu überschreiben mit

Deutschlands Zukunft gestalten

Wow, kann man da nur sagen. Doch schon am Abend der Veröffentlichung des Koalitionsvertrags titelte mein Namensvetter Thomas Roth in den Tagesthemen:

Deutschlands Zukunft gestalten - ist schwer!

Das gilt leider auch für Pulheim. CDU, FDP, Bürgermeister und Kämmerer gestalten seit Jahren nicht die Zukunft Pulheims. Sie tun sich schwer damit.

Nein schlimmer noch: Sie denken gar nicht an die Zukunft Pulheims. Sie zwingen Pulheim in die fiskalische Zwangsjacke und denken immer nur von jetzt auf gleich bzw. maximal für 1 Jahr im Voraus. Der nächste Haushalt kommt ja bestimmt, warum sich also Gedanken über dessen Aussehen machen? Warum erst Recht sich Gedanken über den Haushalt des Jahres 2020 oder 2025 machen?

In einem geht Pulheim allerdings den richtigen Weg, den wir ausdrücklich unterstützen. Der Schuldenabbau ist auf dem richtigen Weg. Wir nehmen das Thema Schuldenbremse hoffentlich auch in den nächsten Jahren ernst.

Doch auch dabei geht es um die rein fiskalische Brille.

Zukunft gestalten hat aber nur am Rande mit Geld zu tun.

Wo ein Wille, da ein Weg. So würde ich gern den Haushalt 2014 gestalten. Doch da kein Wille da ist, ist auch kein Weg erkennbar.

Es fehlen in Pulheim tragfähige Konzepte, um unsere Zukunft zu gestalten. Wir prangern das seit Jahren an. Und wenn dann wenigstens ansatzweise ein Konzept für die Zukunft erstellt wird, dann wird es wenige Jahre später auch schon wieder eingestampft.

Damit rede ich vom Energiemanagement-Konzept. Dieses wurde noch im Jahr 2010 von den Unwissenden in diesem Rat als Klimaschutzkonzept bezeichnet. Wir haben

auch tatsächlich schon einmal im Haushalt ganz konkret Geld bereit gestellt für energetische Maßnahmen an öffentlichen Gebäuden. Wir haben damals heftig um den Begriff „Klimaschutzkonzept“ gestritten. Die Unwissenden wollten es mit den wenigen Maßnahmen bei diesem Begriff belassen.

Wie auch immer, wir haben damals um der guten Sache willen den Begriff „Teilklimaschutzkonzept“ gelten lassen, war doch mit dem Energiemanagement und den energetischen Sanierungen an öffentlichen Gebäuden nur ein ganz kleiner Teil eines integrierten Gesamtkonzepts zu einem Klimaschutzkonzept für Pulheim erreicht.

Für das Jahr 2011 haben wir dann einen erklecklichen Betrag für die Umsetzung energetischer Maßnahmen reserviert, nämlich eine halbe Million Euro. Dieser Betrag entstammte dem Budget „Bauunterhaltungsmittel“. Wir haben das damals für einen guten Anfang gehalten, wenn auch in einem kleinen Schritt. Sie verstehen schon: nur Teilklimaschutz (wie kann man das Klima teilweise schützen?) und auch nur ein Teilbetrag der Bauunterhaltungsmittel.

Zugegeben: Damals hatten wir über 3 Millionen Euro für Bauunterhaltungsmaßnahmen zur Verfügung. In diesem Jahr stellt der Rat nur noch 2 Millionen Euro zur Verfügung. Mittel für energetische Maßnahmen sind darin überhaupt nicht mehr enthalten. Das ist in mehrfacher Hinsicht fatal:

1. Das bisschen Klimaschutz, das wir uns mal geleistet haben, ist nicht mehr. Mag niemand mehr sagen, Pulheim verfüge auch nur ansatzweise über ein (Teil-) Klimaschutzkonzept
2. Das bisschen Bestand, das wir haben, verrottet so gut es kann. Verrotten ist natürlich ganz in unserem grünen Sinne, aber auch nur wenn es um das Verrotten natürlicher Rückstände geht. Verrottung ist absolut nicht akzeptabel, wenn es z.B. um die Gebäudesubstanz von Schulen oder Kindergärten geht. Oder um den Zustand der Toiletten dort.
3. Von den 2 Millionen Bauunterhaltungsmitteln in diesem Jahr entfallen dann auch noch ca. 340.000 Euro auf den Abriss von Gebäuden, also 17%! Man lasse sich das mal auf der Zunge zergehen. Bauunterhaltung durch Abriss. Eine merkwürdige Metapher. Was soll man dazu sagen?

Ich fasse den Werdegang noch einmal kurz zusammen.

Erst Klimaschutzkonzept
 Dann energetische Maßnahmen
 Dann Bauunterhaltung
 Dann Abriss

Was für ein wunderbares Klimaschutzkonzept, mag man da denken. Es wird abgerissen und betonierte Fläche der Natur zurückgegeben. Ja, ja, ja, schön wäre es. Es wird nur abgerissen, um neu zu bauen. Und die Gebäude, die der Stadt gehören, seien es Kindergärten, Schulen, Rathaus usw. strahlen weiter vor sich hin. Sie strahlen weiter Wärme in die Gegend, sind nicht gedämmt, verfügen über uralte Heiztechnik und kosten uns so Energie ohne Ende.

Wir haben beantragt, die Energiekosten zu senken. Das soll durch Maßnahmen geschehen, die den Energieverbrauch deutlich reduzieren. Doch solche Mittel werden für 2014 in exorbitanter Höhe zur Verfügung gestellt: Nämlich NULL Euro! Respekt!

Abriss ist auch das Stichwort für ein anderes wichtiges Ressort der Stadt:

Wirtschaftsförderung

Im vergangenen Dezember haben wir hier im Rat einstimmig beschlossen, im Bereich der Wirtschaftsförderung eine zusätzliche Stelle mit Entgeltgruppe 11 TVÖD auszuweisen.

Die Verwaltung, resp. der Bürgermeister hatte das so nicht vorgeschlagen. Diese zusätzliche Stelle kam erst auf massiven Druck von FDP und Grünen in den Stellenplan.

Und da Verwaltung und CDU diese Stelle nicht passte, hat man diese Stelle auch bis heute nicht besetzt, geschweige denn ausgeschrieben. Stattdessen speiste man uns Anfang des Jahres mit einem Workshop ab, der toll organisiert war. Eine extern beauftragte Firma stellte uns ein „Handlungskonzept Pulheim Wirtschaft 2030“ vor.

Hört; hört: 2030!! Das ist ja schon mal ein bisschen Weitblick. Doch letztlich blickte dieses Handlungskonzept dann doch nur auf das Jahr 2013. Ob man sich da verschrieben hatte?

Wie auch immer: Die vom Rat zusätzlich bewilligte Stelle wurde schlicht ignoriert. Es ging in diesem Jahreskonzept 2013 lediglich darum, eine in der Wirtschaftsförderung freigewordene Stelle wieder zu besetzen. Der Bürgermeister hat in der letzten HFA-Sitzung behauptet, das sei jetzt gelungen.

Doch das Jahresprogramm der beauftragten Firma sah mehr vor:

Es sollte zum Beispiel im April und im Mai eine Unternehmensbefragung durchgeführt werden. Davon habe ich, der ich selbständig bin, und vielleicht auch hätte befragt werden können, nichts bemerkt. Doch auch als Ratsmitglied habe ich bis heute keine Ergebnisse dieser Befragung vorliegen.

Im Juni/Juli sollten dann unter anderem die Fraktionen zum Thema „Markenkern Pulheim“ beteiligt werden. Auch das ist nicht geschehen.

Die Strategiefestlegung für Pulheim 2030 sollte dann – wiederum unter Beteiligung der Fraktionen – im September stattfinden. Ich kann mich aber jetzt nicht konkret erinnern....

Und in der heutigen Sitzung sollten wir dann die sogenannte „Konzeptfertigstellung Wirtschaft Pulheim 2030“ beschließen. Ich kann mich schon wieder nicht erinnern....

Hatten wir heute einen solchen Beschluss oder haben wir darüber diskutiert?

Warum auch? Wir reden doch von Abrisskosten. Und die Abrisskosten für die Firma, die uns das Wirtschaftsförderkonzept Pulheim 2030 erstellen wollte, liegen in fünfstelliger Höhe. Bisher habe ich als Ratsmitglied dafür Anfang des Jahres eine Power Point-Präsentation erhalten, die ich an einigen Stellen nur mit Lupe nachlesen kann. Vielleicht ist ja auch das Absicht.

Sorry, ich wollte nicht Absicht sagen, sondern Abriss. Also die zusätzliche Stelle für die Wirtschaftsförderung ist von der Verwaltung – gegen den ausdrücklichen Auftrag des Rates!! – abgerissen worden.

Inzwischen betreibt auch die FDP beim Thema Wirtschaftsförderung den Abriss. Sie hat offensichtlich erkannt, dass man den handelnden Personen in der Verwaltung das Heft nicht mehr in der Hand belassen kann.

Also Wirtschaftsförderung nicht mehr durch die Stadt, aber gleichwohl soll die Stadt ein Konzept erarbeiten, das Wirtschaftsförderung quasi ohne sie ermöglicht. Ein Widerspruch in sich. Die Wirtschaftsförderung soll sich somit selbst abschaffen. Diesen Abriss machen wir nicht mit.

Da würde sich dann vielleicht eine Firma Segmüller besonders engagieren, vielleicht mit extra abgestelltem Personal, vielleicht mit finanziellen Mitteln, vielleicht mit bezahlten Expertisen oder gesteuerten Umfragen.... Und das Ganze liefere dann unter dem Deckmantel „Wirtschaftsförderung Pulheim“, während es in Wirklichkeit Einzelinteressen dient.

Jahrelang haben wir mit Herrn Dr. Morisse die Philosophie gelebt: Keine Konkurrenz auf der grünen Wiese für unsere Ortskerne. Kaum ist Herr Dr. Morisse nicht mehr Bürgermeister, schaufeln CDU und FDP seine Arbeit zu Grabe. Vom Schutz der Ortskerne und des Einzelhandels in den Ortszentren haben sich CDU und FDP jedenfalls verabschiedet.

Na gut, werden Sie jetzt sagen: Die Firma Segmüller will aber immerhin nicht abreißen, sondern neu bauen. Also was habt Ihr Grünen denn jetzt dagegen?

Ich sage Ihnen, was wir gegen den ungehemmten Neubau von Straßen, Häusern, Kanälen, Supermärkten auf der grünen Wiese haben:

1. Wir wollen keine weiteren Ackerflächen für den Anbau von Nahrungsmitteln vernichten. Denn je weniger Ackerflächen wir zur Verfügung haben, desto mehr sind die Landwirte zum Einsatz von Pestiziden und anderen Giften gezwungen, um auf der kleineren Fläche höhere Erträge zu erwirtschaften
2. Wir wollen keine weiteren Flächen vernichten, auf denen sich die noch wenige vorhandene Tiervielfalt wohlfühlt.
3. Wir wollen keine Flächen mehr vernichten, auf denen man mit seinem Hund spazieren gehen kann.
4. Wir wollen keine Flächen mehr vernichten, wo man noch die Jahreszeiten riechen kann.

5. Wir wollen keine Flächen mehr vernichten, über die man auch mal weiter als ein paar hundert Meter sehen kann.
6. Wir wollen keine Flächen mehr vernichten, wo man auch mal etwas Anderes hören kann als Industrie- oder Autolärm.

Mit dem nächsten Neubaugebiet Geyener Berg Süd wird weitere 20 Hektar Fläche vernichtet.

Und jetzt zitiere ich aus einem Leserbrief im Kölner Stadtanzeiger vom 4. November (mit freundlicher Genehmigung des Autors).

„Angesichts eines täglichen Flächenverbrauchs von 76 ha bundesweit und 10 ha in NRW für Siedlung und Verkehr sind dies 20 ha zu viel. Verwaltung und Ratsmehrheit in Pulheim ignorieren alle Bemühungen von Land und Bund um eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme, ebenso die Warnung kommunaler Spitzenverbände vor einer langfristigen Unwirtschaftlichkeit von Neubaugebieten. Sie weisen seit Jahren Forderungen nach einem nachhaltigen Flächenmanagement ab. Statt auf zukunftsorientierte, intelligente Stadtentwicklung setzen sie auf althergebrachte Muster der Ausweisung immer neuer Baugebiete.

Die Ausweisung neuer Baugebiete konkurriert dagegen mit der Wiederbelebung von Bestandsimmobilien und mindert deren Verkaufswert, mit der sicheren Folge einer Verödung ganzer Siedlungsbereiche.

Neubaugebiete, insbesondere für den Einfamilienhausbau sind die Antwort der Stadt auf den demografischen Wandel. Doch die Werbung um Ansiedlung junger Familien mit Kindern, um der abnehmenden Einwohnerzahl entgegenzuwirken, hat ihre Grenzen. Der Bedarf der nächsten Jahre zielt laut einschlägiger Prognosen auf Wohnungen für Ein- und Zweipersonenhaushalte. Er wird außerdem weitgehend bestimmt sein von der absolut wachsenden Gruppe der über 65jährigen. Ihr erhöhter Bedarf an altengerechten Wohnräumen, Pflegeheimen und Wohnanlagen wird den Wohnungsmarkt der Zukunft bestimmen.“

Zitat Ende

Da wir hier und heute über den Haushalt diskutieren, will ich den fiskalischen Aspekt dieser maßlosen Bausucht noch einmal besonders hervorheben. Und jetzt zitiere ich aus Wikipedia zu den ökonomischen Folgen des Flächenverbrauchs:

„Ökonomische Folgen

Das Siedlungswachstum ist wesentlich schneller als das Bevölkerungswachstum. Deshalb sinkt die Einwohnerzahl pro Siedlungs- und Verkehrsfläche. Diese sinkende relative Einwohnerdichte verursacht höhere Infrastrukturkosten, weil Personen und Güter über weitere Strecken transportiert werden müssen. Das gilt auch für die unterirdische Infrastruktur, deren Bau und Unterhalt besonders teuer ist. Die Unterhaltskosten werden bei der Planungsentscheidung häufig nicht berücksichtigt. So fallen

die Gemeinde- und Stadträte Entscheidungen, die die Haushalte ihrer Kommunen über Jahrzehnte belasten.

Die notwendigen weiten Strecken erhöhen die Mobilitätskosten: Der Nahverkehr benötigt immer mehr Zuschüsse, weil die Bauleitplanung falsche Weichen stellt. Auch für die einzelnen Haushalte, die durch Umzug von der Stadt aufs Land Fläche verbrauchen, erhöhen sich die Mobilitätskosten.

Durch die Bereitstellung von Bauland für Einkaufsmärkte auf der grünen Wiese werden traditionelle Zentren in Stadtteilen und Dörfern gefährdet. Dort ansässige Dienstleister und Einzelhändler verlieren ihre wirtschaftliche Basis, während andererseits in den Einkaufszentren wenig Personal pro Fläche eingestellt wird und Gewinne am Sitz der Firmenzentrale versteuert werden. Die Hoffnung der Gemeinderäte auf zusätzliche Steuereinnahmen und Arbeitsplätze wird oft enttäuscht.

Durch den Verlust von Agrarflächen werden landwirtschaftliche Betriebe ökonomisch bedrängt. „

Zitat Ende

Nicht erwähnt in diesem Zitat sind zudem die neuen öffentlichen Gebäude, die errichtet werden und die in Zukunft erhalten werden müssen, wie z.B. Kindergärten.

Wir fordern schon seit langem, dass diese Folgekosten in den einzelnen Beschlussvorlagen der Verwaltung genau ausgedrückt werden. Denn nur dann hat man einen vollständigen Überblick über Sinn und Unsinn von neuen Baugebieten. Doch da hier ein Wille in der Verwaltung und auch bei den Mehrheitsfraktionen fehlt, wird dieser Weg auch nicht beschritten.

Ich vermute, dass diese Folgekosten von den Wenigen, die sie berechnen könnten, ganz bewusst verschwiegen werden.

Dabei ist es doch ganz einfach nachzuvollziehen:

Während wir neue Häuser bauen, neue Straßen bauen, neue Kindergärten, neue Abwasserkanäle und Regenrückhaltebecken, müssen gleichzeitig die alten Strukturen erhalten werden. Alte Straßen müssen erneuert werden (wie wir es heute schon regelmäßig tun), Kanäle müssen saniert werden (wie wir es heute schon regelmäßig tun), Regenrückhaltebecken müssen vergrößert werden (wie wir es heute schon regelmäßig tun), Kindergärten und Schulen müssen saniert und den heutigen pädagogischen Verhältnissen angepasst werden (wie wir es heute schon regelmäßig tun).

Es ist doch ein einfaches Einmaleins, dass wir in wenigen Jahrzehnten sowohl die heute bestehende wie auch die heute zusätzlich errichtete Infrastruktur pflegen und erhalten müssen. Wer bezahlt das? Wir, die wir hier sitzen, jedenfalls nicht mehr.

Sondern unter anderem meine Kinder! Und das nehme ich Ihnen übel!

Zu den Folgekosten gehören – wir haben es gehört – auch die Kosten der Verkehrsinfrastruktur und des Nahverkehrs. Der Unternehmertag des Wirtschaftsgremiums Pulheim der IHK stand am 20. November im Köstersaal unter dem Motto:

Verkehrsinfrastruktur – droht uns der Kollaps?

Die Tagung litt unter einer merkwürdigen Ambivalenz. Einerseits wurde heftig beklagt, dass zu wenig Geld für den Erhalt der vorhandenen Straßen und Brücken zur Verfügung steht. Die Sperrung der Autobahnbrücke Leverkusen für den Schwerlastverkehr ist uns noch allen gut in Erinnerung. Durch den Schwerlastverkehr wurden erhebliche weitere Schäden für die Brücke befürchtet.

Andererseits wurde auf dieser Tagung die Forderung nach neuen Straßen und Brücken erhoben. Das Thema Autobahnbrücke Wesseling ist sicher auch den meisten hier geläufig.

Doch kann das die Lösung sein? Nein: Neubauten bedeuten immer auch zusätzliche Unterhaltungskosten. Denn das Alte muss erhalten werden und das Neue muss demnächst auch erhalten werden.

Wo wir gerade beim Thema Verkehr sind. Bei den ökologischen Folgen von Flächenverbrauch hatte ich auch die steigenden Kosten für den Nahverkehr angesprochen, weil immer weitere Strecken zurückgelegt werden müssen. Der Rhein-Erft-Kreis schreibt zurzeit seinen Nahverkehrsplan fort, und es ist schon jetzt absehbar, dass die innerörtliche Versorgung unserer Ortsteile in Pulheim nicht mehr vom Kreis sichergestellt werden wird. Dieser wird nur noch Schnellbusverbindungen zwischen den größeren Ortschaften anbieten. Die innerörtliche Versorgung muss dann jede Kommune selbst sicherstellen.

Doch CDU und FDP wollen davon nichts hören. Was kümmert es sie, was morgen ist? Sie weigern sich, darüber nachzudenken, wie die Menschen sich künftig in Pulheim fortbewegen. Die Erstellung eines Nahverkehrskonzepts haben sie abgelehnt.

Dabei gehen wir Grünen sogar noch einen Schritt weiter: Wir werden in den nächsten Jahren auf die Erstellung eines Mobilitätskonzepts hinwirken. Dabei geht es nicht nur um Busse. Wir brauchen ein Konzept, wie die Menschen sich in Pulheim im Jahr 2025 fortbewegen können, sei es zu Fuß, mit dem Rad, mit dem Auto oder mit dem Bus. Sämtliche Verkehrsteilnehmer müssen bei uns angemessen berücksichtigt werden. Die einseitige Bevorzugung der Blechlawinen werden wir nicht durchhalten können.

Doch dass CDU und FDP manchmal sehr lange auf der Leitung stehen, haben wir beim Thema Bildungslandschaft beobachten können. Wir Grünen fordern seit vielen Jahren die Errichtung einer Gesamtschule. Zum ersten Mal stand diese Forderung im Grünen Wahlprogramm 1989. Nach nun fast 25 Jahren haben wir es geschafft.

Und es war ein langer Weg, den wir im Verbund mit vielen Aktiven gegangen sind.

Und wir werden uns mit den besseren Argumenten auch in anderen Bereichen durchsetzen. Das gilt zum Beispiel beim Thema Schulsozialarbeit. Natürlich haben wir nichts dagegen, wenn die Schulsozialarbeit vom Bund oder vom Land finanziert

wird. Doch es muss ganz klar sein, dass wir Schulsozialarbeit weiterhin ermöglichen werden.

Und das Geld, das wir hierfür aufwenden, ist gut investiertes Geld. Denn durch die Schulsozialarbeit wird es jungen Menschen ermöglicht, Lösungsstrategien auch in schwierigen Situationen zu finden. Das wird auf Dauer zu einer Reduzierung von sozialen Lasten führen, die uns ja auch in Pulheim drücken.

Ebenso gut investiert ist Geld in hochwertige U3-Betreuung und KiTa-Betreuung. Hier haben sich die Grünen mit ihren Ideen ebenfalls durchgesetzt. Doch haben wir unser Ziel noch lange nicht erreicht, den Bedarf aller Eltern zu decken, die ihre Kinder gut betreut wissen wollen.

Denn gerade bei den KiTas hinken wir hinterher. Nachdem wir nach langer Diskussion verhindern konnten, dass die neuen KiTas Albrecht-Dürer-Straße und Pariser Straße in ÖPP-Regie gebaut werden, werden diese KiTas immerhin – wenn auch verspätet für den Rechtsanspruch auf einen U3-Platz – fertig. Doch wir wissen schon jetzt, dass wir der Nachfrage sowohl nach U3-Plätzen wie auch nach Ü3-Plätzen nicht gerecht werden. Neue Baugebiete erzwingen eben auch zusätzliche KiTas. Das ist nicht nur eine Folge des Rechtsanspruchs auf Betreuungsplätze für unter Dreijährige.

Übrigens darf man an dieser Stelle auch erwähnen, dass uns das Land unter rot-grüner Regie im nächsten Jahr 1,3 Millionen Euro für Kindergärten mehr zuweist als in diesem Jahr, und das ist immerhin eine Steigerung um mehr als ein Drittel.

Gut investiert wäre außerdem Geld für Hausmeisterpersonal in den beiden Schulzentren. Diese Gelder waren gestrichen worden und werden jetzt für den Einsatz von Sicherheitspersonal eingesetzt. Das kann man wollen.

Doch Hausmeister sind auch gut eingesetztes Personal gegen das Verrotten unserer Schulinfrastruktur. Sie beschützen sozusagen unsere Infrastruktur, indem sie hier oder da mal etwas ausbessern, frühzeitig auf Schäden aufmerksam machen, da mal die Heizung herunterdrehen, dort mal das Licht ausmachen.

Sie dienen der Werterhaltung. Doch wir haben schon gelernt, dass die Mehrheit hier im Rat und auch der Kämmerer unter Bauunterhaltung den Abriss verstehen. So gesehen ist es konsequent, auf Hausmeister zu verzichten.

Und noch einmal kommen wir zum Schluss auf das Thema „Abriss“ und „Aufbau“ zu sprechen. In Stommeln haben wir den Abriss endlich geschafft. Und in Pulheim steht er dann bevor. Ich rede von unserer Bäderlandschaft. Nach wie vielen Jahren (?) steht nun endgültig fest, dass unser neues Hallenbad in Stommeln errichtet wird. Wir haben im Rat viele Anläufe unternommen. Ich denke da auch noch an die unsägliche Diskussion, das Hallenbad in Partnerschaft mit einem privaten Investor zu bauen. Das hat uns ein ganzes Jahr und auch viel Geld gekostet.

Doch obwohl wir viele Jahre um die richtige Lösung gerungen haben, haben wir die Bürgerinnen und Bürger, die uns hier im Rat gewählt haben, zu keinem Zeitpunkt wirklich einbezogen. Es gab zwar Informationen in Veranstaltungen, per Email, durch

Pressemitteilungen. Aber gefragt haben wir die Menschen nie, wo das Hallenbad künftig stehen soll!

Und wir sind der Auffassung, dass die Menschen bei einem solchen Großprojekt, das immerhin fast 20% unseres Etats ausmacht, ein Mitspracherecht haben. Sicher, wir hier im Rat sind gewählt, um Entscheidungen zu treffen. Das entspricht dem Prinzip der repräsentativen Demokratie.

Aber niemand zwingt uns, die Menschen zu entmündigen, die uns für wenige Jahre gewählt haben. Im Gegenteil zwingen uns die Menschen, die uns gewählt haben, immer häufiger, dass wir sie einbeziehen. Denn sonst fühlen sie sich nicht mehr verstanden. Ein Kreuzchen alle paar Jahre zu machen, ist das eine. Sich aber bei konkreten Projekten mit zu engagieren, ist das andere.

Da wächst ein Pflänzchen gegen Politikverdrossenheit heran. Und wir sind der Meinung, dass wir dieses Pflänzchen gießen müssen. Wir dürfen es nicht verdursten lassen!

Wir in Pulheim müssen uns öffnen, öffnen für die Zukunft. Es kann und darf nicht sein, dass wir uns weiterhin den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt verweigern. Wir müssen sie mitnehmen, ernst nehmen und ihnen zuhören. Denn schließlich gehört Pulheim ihnen, und nicht uns.

Und mit diesem Appell bedanke ich mich auch gleichzeitig bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Ich weiß, dass Sie Ihr Bestes geben. Und ich weiß, dass Sie dabei auch immer an die Menschen denken, die hier in Pulheim leben und leben werden.

Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr.